



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 13.11.2008

Niederschrift

über die **36. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, dem 19.08.2008, 16:05 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Karsten Möring CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Johannes-Werner Hamm	CDU	(bis 18.23 Uhr)
Herr Markus Hock	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Wendel Mispelkamp	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Dr. Sabine Müller	Grüne	
Frau Bettina Tull	Grüne	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Karel Schiele	pro Köln	(bis 18.05 Uhr)
Herr Bernd Schöppe	pro Köln	(ab 18.07 Uhr für Karel Schiele)
Herr Michael Weisenstein	Die Linke.Köln	(bis 18.28 Uhr)

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Hermann-Josef Doerfner	auf Vorschlag der CDU
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU
Herr Horst Noack	auf Vorschlag der SPD
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke

Herr Selahattin Toprakci
Herr Bernd Fahlenbock
Herr Horst Ladenberger

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck

Herr Christian Dörkes

Herr Klaus Harzendorf

Herr Gerd Neweling

Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Frau Angela Thiemann

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Bauverwaltungsamt

Schriftführer/in

Frau Angela Krause

Dezernat für Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Gäste

Herr Michael Drechsler
Herr Dr. Ing. Michael Frehn

KVB AG
Planersocietät

Presse

Zuschauer

Ausschussvorsitzender Möring eröffnet die 36. Sitzung des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden. Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung wie folgt ergänzt werden soll:

I. Öffentlicher Teil

- 1.1.. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Juli 2008 betreffend Querung der Rheinuferstraße für FußgängerInnen
AN/1428/2008
Beantwortung liegt als Tischvorlage vor

- 4.14. Regionale 2010 - Projekt "mobil-im-rheinland"
5093/2007

- 5.2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für neue Maßnahmen im Rahmen pauschalierter Ausgabenansätze
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle:
6601-1201-0-6605 - Generalinstandsetzung von Straßen
3421/2008
Tischvorlage

- 6.1. Erneuerung der Hinweisbeschilderung A 57 Anschlussstelle Ehren-

feld/Parkgürtel

hier: Anfrage des RM Kirchmeyer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.06.2008, TOP 8.1

3174/2008

Tischvorlage

7.6. Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen; Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht;
hier: Erfahrungsbericht
3117/2008

7.7. Fortschreibung des Betrauungsbeschlusses der KVB
3167/2008

7.8. Teilnahme der Stadt Köln an der Woche der Mobilität vom 16. bis zum 22.09.2008
3459/2008
Tischvorlage

Zu TOP

7.5. Mobilitätsentwicklung in Köln bis 2025
2471/2008

erfolge ein Vortrag durch den Gutachter Herrn Dr. Michael Frehn. Es werde gebeten, diesen in der Tagesordnung **vorzuziehen**.

Der Ausschuss ist mit den Ergänzungen und dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden. Es ergibt sich demnach folgende:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

1.1. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Juli 2008 betreffend Querung der Rheinuferstraße für FußgängerInnen
AN/1428/2008

2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

- 2.1. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Juni 2008 betreffend
Einrichtung von "shared spaces" als gesamtstädtisches Pilotprojekt
AN/1334/2008
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
--
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 4.1 Straßenumbau Maarweg zwischen Scheidtweilerstraße und Aachener Straße im Zusammenhang mit der Umnutzung ehemals "Möbel Buch"
1012/2007
- 4.2 Ausbau der Frankfurter Straße zwischen der Theodor-Heuss-Straße und der AS Köln-Porz-Gremberghoven
2491/2007
- 4.3 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet 2008
0705/2008
- 4.4 Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels
4623/2007
- 4.5 Einrichtung eines Turbo-Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Emdener Straße/Causemannstraße in Köln-Merkenich
0763/2008
- 4.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss
hier: Bedarf an Beratungsleistung zur Vorbereitung eines Vergabeverfahrens bei der Übertragung aller Leistungen im Bereich der Beleuchtung öffentlicher Straßen in Köln
2072/2008
- 4.7 Ausbau des Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Ranzeler Straße (L 82)/Loorweg (K 22)/Ankergasse/Hauptstraße in Köln-Porz/Zündorf sowie Teilausbau der Ranzeler Straße/Loorweg in den Abschnitten des neuen Wohngebietes
2357/2008
- 4.8 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Zeitvertrag Schutz- und Leiteinrichtungen
2386/2008
- 4.9 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung auf das Vergabeverfahren
Sanierung des Gehwegbereiches Leostraße in Köln-Ehrenfeld
2872/2008

- 4.10 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens Sanierung der Kreuzung Bonner Straße/Marktstraße/Schönhauser Straße in Köln-Bayenthal
2902/2008
- 4.11 Ausbau der Steinstraße vom Kreisverkehr Urbacher Weg/Deutzer Weg bis zur Einmündung Hauptstraße sowie eines Teilbereiches der Hauptstraße von ca. 50 m in südlicher Richtung bis ca. 310 m in nördlicher Richtung in Köln-Porz, 2. Bauabschnitt
2966/2008
- 4.12 Bedarfsfeststellungsbeschluss für Bauwerksprüfungen von diversen Ingenieurbauwerken in Köln nach DIN 1076 - Vergabe der Leistung an externe Ingenieurbüros
3242/2008
- 4.13 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Zeitvertrag Abfallentsorgung Bauhöfe
2385/2008
- 4.14 Regionale 2010 - Projekt "mobil-im-rheinland"
5093/2007

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 197. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3260/2008
- 5.2 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für neue Maßnahmen im Rahmen pauschalierter Ausgabenansätze
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-1201-0-6605 - Generalinstandsetzung von Straßen
3421/2008

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Erneuerung der Hinweisbeschilderung A 57 Anschlussstelle Ehrenfeld/Parkgürtel
hier: Anfrage des RM Kirchmeyer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.06.2008, TOP 8.1
3174/2008

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Unfallgeschehen 2007 im Gebiet der Stadt Köln

2185/2008

- 7.2 Sachstandsmitteilung Ring-Konzept
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt aus der Sitzung vom
24.01.2008, TOP 5.1.9
2956/2008
- 7.3 Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet
Umwandlung der Maßnahmen vom konsumtiven in den investiven Bereich durch
Änderung der Finanzierungsart
3034/2008
- 7.4 Verkehrssituation im Umfeld des Kulturzentrums am Neumarkt und im Bereich
Agrippastraße
hier: TOP 6.4. aus der 30. Sitzung des Verkehrsausschusses
3214/2008
- 7.5 Mobilitätsentwicklung in Köln bis 2025
2471/2008
- 7.6 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Tele-
kommunikations- und Versorgungsunternehmen; Ausnahmen von der Ausschrei-
bungspflicht;
hier: Erfahrungsbericht
3117/2008
- 7.7 Fortschreibung des Betrauungsbeschlusses der KVB
3167/2008
- 7.8 Teilnahme der Stadt Köln an der Woche der Mobilität vom 16. bis zum
22.09.2008
3459/2008

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Beampelte Kreuzung in einer autofreien Siedlung
Anfrage des RM Tull
- 8.2 Bus- und Taxispur auf der Rheinuferstraße - Antrag vom 17.08.2006
Anfrage des RM Tull
- 8.3 Neues Zuführungsgleis der DB AG in Nippes
Anfrage des SE Vietzke
- 8.4 Sachstand zum Kreisverkehr Leuchterstraße
Anfrage des RM Mispelkamp

- 8.5 Erweiterung des P+R-Platzes Köln-West
Anfrage der SE Schlapka
- 8.6 Schwerlastverkehr in Widdersdorf
Anfrage des SE Schlapka
- 8.7 Verkehrsführung am Diözesanmuseum
Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.8 Pflasterung Unter Taschenmacher
Hinweis des RM Kirchmeyer
- 8.9 Verschleiß der Fahrbahn durch abbremsende Autos vor den Radarkameras auf
der Zoobrücke
Anfrage des SE Preckel

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

--

10 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

--

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 12.1 Vergabe von Tiefbauarbeiten für den Ausbau des Kreisverkehrs Bachemer Straße/Mommsenstraße im Rahmen des Programms
3023/2008

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

--

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

--

15 Mitteilungen der Verwaltung

--

16 Mündliche Anfragen

- 16.1 Durchführung einer Sondersitzung am 18.09.2008
Mitteilung des Ausschussvorsitzenden Möring

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

--

1 Anfragen nach § 4 der GeschO des Rates

1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Juli 2008 betreffend Querung der Rheinuferstraße für FußgängerInnen AN/1428/2008

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

RM Tull zeigt sich mit der vorliegenden Stellungnahme nicht zufrieden. Der – subjektive – Eindruck sei, dass die Querung der Rheinuferstraße für Fußgänger seit dem Umbau mit längeren Wartezeiten und zudem mit Umwegen verbunden sei. Sie bitte nachdrücklich um eine ausführlichere Stellungnahme mit belastbaren Daten. Von Interesse sei beispielweise, wem die Ausführungsplanung vorgelegt wurde bzw. wer darüber entschieden habe.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine weitergehende Stellungnahme zu, weist jedoch darauf hin, dass die Einstellung der Programme noch optimiert werden könne. Hierfür wären konkrete Hinweise hilfreich.

2 Anträge gemäß § 3 der GeschO des Rates

2.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Juni 2008 betreffend Einrichtung von "shared spaces" als gesamtstädtisches Pilotprojekt AN/1334/2008

RM Kron und RM Tull nehmen seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stellung zum vorliegenden Antrag.

RM Hock macht deutlich, dass die CDU-Fraktion shared spaces eher als Verkehrsmischfläche bezeichne und dieser Idee auch grundsätzlich offen gegenüberstehe, insbesondere wenn der Zweck dieser Flächen - Senkung der Unfallzahlen, Steigerung der Verkehrssicherheit - erfüllt werde. Im Innenstadtbereich herrsche jedoch ein hohes Aufkommen an Fahrradfahrern und Fußgängern vor und demgegenüber relativ langsam fahrender Pkw-Verkehr; die Wahrscheinlichkeit schwerer Verkehrsunfälle sei von daher eher gering, wie auch die Statistik der unter TOP 7.1 aufgeführten Mitteilung belege. Die CDU-Fraktion sei gerne bereit, ein Pilotprojekt durchzuführen, halte den vorgeschlagenen Bereich der Ehrenstraße jedoch für wenig sinnvoll und werde daher den ersten Absatz des Antrages ablehnen. Klärungsbedürftig seien für ihn auch noch die Frage einer etwaigen Anlieger-Beitragspflicht nach KAG sowie die Beurteilung durch die Behindertenverbände.

Für die FDP-Fraktion berichtet RM Kirchmeyer, dass ihre Kollegen aus der Bezirksvertretung Innenstadt für den in Rede stehenden Bereich die Einrichtung einer Fußgängerzone beantragt haben und sie insofern dem hier eingereichten Antrag zustimmen könne. Nach ihren

Beobachtungen werde die Breite Straße insbesondere an den Wochenenden bereits als shared space genutzt.

SE Ladenberger weist darauf hin, dass für das Bundesgebiet bisher wenig Erkenntnisse und Erfahrungen für ein solches Projekt vorliegen und dieses aus Sicht der Sehbehinderten- und Blindenverbände daher eher sehr skeptisch betrachtet werde. Durch die Einrichtung von shared spaces würden feste Wegebeziehungen aufgelöst und Orientierungspunkte weggenommen. Auch wenn eine grundsätzliche Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer erfolgen werde – die Aufnahme von Blickkontakt sei bei bestimmten Personengruppen nicht möglich. Er bitte daher nachdrücklich, bei Planung bzw. Umsetzung des Vorhabens die genannten Verbände mit einzubeziehen.

SE Weisenstein spricht sich für den Antrag aus.

Ausschussvorsitzender Möring äußert Skepsis, ob das Verhalten der deutschen Verkehrsteilnehmer mit dem des Niederländischen vergleichbar sei. Bezug nehmend auf die zur Diskussion stehenden Örtlichkeiten merkt er an, dass auf der Breite Straße zwar eine einheitliche Oberflächengestaltung vorherrsche, die vorhandenen Poller jedoch entfernt werden müssten. Da in den hiesigen Einkaufsbereichen ein sehr schwach ausgeprägter Fahrzeugverkehr vorhanden sei und stattdessen starke Fußgängerströme dominieren, die die Straße mit in Anspruch nehmen, stelle er sich die Frage, ob „shared spaces“ zunächst nicht besser in Bereichen, in denen beispielsweise verkehrsberuhigt 30 km/h gelte, getestet werden sollte. Auch die von SE Ladenberger angesprochenen Bedenken müssen zwingend berücksichtigt werden. Er bitte daher um eine Einschätzung des Antrages durch die Verwaltung.

BG Streitberger führt aus, dass die genannten Straßen grundsätzlich geeignet erscheinen und es darum gehe, die verschiedenen Verkehrsteilnehmer besser miteinander zu harmonisieren. Die deutsche Straßenverkehrsordnung kenne zwar bisher keine shared spaces, die hiesigen verkehrsberuhigten Geschäftsbereiche kämen diesen jedoch recht nahe. In der Innenstadt könnten sicherlich geeignete Flächen gefunden werden. Aus stadtgestalterischer Sicht stehe er dem Projekt sehr skeptisch gegenüber, da es nicht gelingen werde, den Raum in Gänze freizugeben. Die Entfernung der Poller in der Breite Straße beispielsweise werde auf großen Widerstand bei den dortigen Geschäftsinhabern stoßen. Die Verwaltung werde daher alle Aspekte abwägen und die Einrichtung von shared spaces gründlich prüfen. Gewisse Schutzbereiche – sowohl für Sehbehinderte als aber auch für die Anlieger – müssen bestehen bleiben. KAG-pflichtig sei eine Maßnahme nur dann, wenn ein Totalumbau erfolgen müsse.

RM Tull stellt klar, dass Parken in den shared spaces nicht erlaubt werden dürfe und ggf. eine entsprechende Überwachung sichergestellt werden müsse.

Abschließend merkt BG Streitberger an, dass die Verwaltung den Antrag als Planungsauftrag verstehe und zuständigkeitshalber auch der Stadtentwicklungsausschuss - zu gegebener Zeit - in das weitere Verfahren mit einbezogen werden müsse.

Ausschussvorsitzender Möring lässt auf Antrag der CDU-Fraktion über die Punkte des Antrages zunächst einzeln abstimmen.

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie der Bereich der Ehrenstraße zwischen Friesenwall und Apostelnstraße, sowie die Breite Straße zwischen Gertrudenstraße und Auf dem Berlich mit den dazugehörigen Plätzen modellhaft als „shared space“ ausgebildet werden kann.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion

2. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, im Einvernehmen mit den zuständigen Bezirksvertretungen zu prüfen, ob andere Bereiche für die Einrichtung als „shared spaces“ in Frage kommen.
3. Hierbei ist auf die Erfahrungen aus den Niederlanden und Deutschland zurückzugreifen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Anschließend stellt er den gesamten Antrag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie der Bereich der Ehrenstraße zwischen Friesenwall und Apostelnstraße, sowie die Breite Straße zwischen Gertrudenstraße und Auf dem Berlich mit den dazugehörigen Plätzen modellhaft als „shared space“ ausgebildet werden kann.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, im Einvernehmen mit den zuständigen Bezirksvertretungen zu prüfen, ob andere Bereiche für die Einrichtung als „shared spaces“ in Frage kommen.

Hierbei ist auf die Erfahrungen aus den Niederlanden und Deutschland zurückzugreifen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

--

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Straßenumbau Maarweg zwischen Scheidtweilerstraße und Aachener Straße im Zusammenhang mit der Umnutzung ehemals "Möbel Buch" 1012/2007

RM Kirchmeyer führt seitens der FDP-Fraktion aus, dass diese dem BV-Votum nicht in vollem Umfang folgen könne und den Linksabbieger von der Aachener Straße in die Kitschburger Straße beibehalten möchte.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legt RM Tull dar, dass lediglich eine Verlagerung der Verkehre stattfinde und es keine optimale Lösung für diesen Bereich geben werde. „Mit Bauchschmerzen“ werde ihre Fraktion daher dem Verwaltungsvorschlag folgen. Die Radwegführung vom Maarweg über die Aachener Straße in die Kitschburger Straße hinein müsse jedoch noch dahingehend überarbeitet werden, dass eine Radspur mit dem Autoverkehr auf der Straße angelegt werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass die Verwaltung diese Anregung bereits aufgrund der Diskussionen in der Bezirksvertretung

geprüft habe mit dem Ergebnis, dass im Bereich des Maarweges vier bis fünf ansehnliche Bäume gefällt werden müssten und daher von dieser Lösung Abstand genommen habe.

RM Kron spricht sich für die SPD-Fraktion für die Verwaltungsvorlage aus, jedoch mit der Bitte, die Anregungen sowohl der Bezirksvertretung als auch des RM Tull hinsichtlich der Radwegführungen nochmals intensiv zu prüfen.

Auf Nachfrage des SE Schmitz bestätigt Herr Harzendorf, dass die in Anlage 2 dargestellte Variante die „erste Wahl“ darstelle. Die in Frage gestellte „Nase“ an der Scheidtweilerstraße sei notwendig, um klar darauf hinzuweisen, dass die Spur an dieser Stelle ende und um dem linksabbiegenden Verkehr die Situation zu vereinfachen.

Da sich auch RM Kirchmeyer von dieser Argumentation nicht überzeugt zeigt, schlägt Ausschussvorsitzender Möring vor, die Verkehre nach dem Umbau nochmals zu beobachten und ggf. eine Korrektur vorzunehmen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, nach Sicherstellung der Finanzierung, den Bau des zusätzlichen Fahrstreifens im Maarweg zum Rechtsabbiegen in die Aachener Straße umzusetzen.

mit dem Zusatz:

Die Verwaltung wird gebeten,

- die Anregungen aus der heutigen Sitzung zur Radwegeführung vom Maarweg über die Aachener Straße in die Kitschburger Straße

und darüber hinaus

- die Ergänzung der BV Lindenthal
„Auf der Kitschburger Straße wird in Richtung Aachener Straße von der Friedrich-Schmidt-Straße und von der Aachener Straße bis zur Christian-Gau-Straße eine Radspur (unterbrochene weiße Linie, erlaubt zum Überfahren) angelegt.“

zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Ausbau der Frankfurter Straße zwischen der Theodor-Heuss-Straße und der AS Köln-Porz-Gremberghoven 2491/2007

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Möring klar, dass im Beschlussprotokoll der BV Porz zwar der ursprüngliche Beschlussvorschlag der Verwaltung wieder gegeben sei, gemeint sei jedoch vielmehr der überarbeitete Beschlusstext gem. Anlage 4. Des Weiteren macht er nochmals deutlich, dass die Verwaltung die Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Theodor-Heuss-Straße/Frankfurter Straße intensiv geprüft habe; die Geometrie eines leistungsfähigen Krei-

sels passe jedoch nicht in die vorhandenen Örtlichkeiten und würde zu verkehrsunsicheren Situationen führen.

Beschluss (entsprechend Anlage 4):

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorentwurfsplanung für den vierspurigen Ausbau der Frankfurter Straße zwischen Theodor-Heuss-Straße und der AS Köln-Gremberghoven, inkl. der Erweiterung der Steinstraße um einen zusätzlichen Geradeausfahrstreifen am Knotenpunkt Frankfurter Straße/Steinstraße Richtung Osten und einen zusätzlichen Verflechtungsfahrstreifen auf dem Maarhäuser Weg zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage die weitere Entwurfsplanung zu erstellen und Gespräche mit der Bewilligungsbehörde über die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) aufzunehmen. Das für den Ausbau notwendige Baurecht soll durch ein Planfeststellungsverfahren hergestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.3 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet 2008
0705/2008**

Hinsichtlich der ergänzenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen weist Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, darauf hin, dass eine Sanierung der Schweinheimer Straße in Holweide nicht möglich sei, da die erstmalige Herstellung noch nicht erfolgt sei. Auch der von der BV Chorweiler geforderte Radfahrstreifen auf dem Thenhoven-Escher Weg sei aufgrund der zu geringen Straßenbreite im Rahmen der reinen Straßenunterhaltungsmaßnahmen nicht realisierbar.

Ausschussvorsitzender Möring schlägt vor, die übrigen Anregungen der Bezirksvertretungen zu übernehmen. Sollten zusätzliche Maßnahmen durchgeführt werden können, sollte auch der Verkehrsausschuss hierüber unterrichtet werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet für das Jahr 2008 (entsprechend der Anlagen für die Bezirke 1 – 9) fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

mit dem Zusatz:

Die Verwaltung wird gebeten, die nachfolgenden Anregungen, Hinweise und Fragestellungen aus den Bezirksvertretungen zu prüfen. Sollten diese berücksichtigt oder umgesetzt werden können, ist auch der Verkehrsausschuss entsprechend zu unterrichten.

Bezirk Innenstadt:

„1.1./Lindenstraße von Zülpicher Wall bis Roonstraße

Die Fahrbahn wurde bereits erneuert. Wieso wurde die Gelegenheit nicht genutzt, den Beschluss der Bezirksvertretung vom 08.09.2005, eine Neuplanung der Fahrbahnaufteilung vorzunehmen, umzusetzen?

1.5 bis 1.7/Ring

Hier besteht ein Beschluss der BV bezüglich der Einrichtung eines Fahrradstreifens.

1.12/Im Laach

Hier besteht ein Beschluss der BV bezüglich der Neuordnung der Kreuzung „Im Laach“.

1.19/Aachener Straße

Mit der Fahrbahnerneuerung kann gleichzeitig der Beschluss der BV vom heutigen Tag, wenn er gefasst wird, bezüglich des Überwegs Aachener Str. umgesetzt werden.

Pfälzer Straße/Moselstraße:

Der Zustand der Fahrbahn ist äußerst lädiert. Eine Erneuerung wäre nötig, sinnvoll vermutlich aber erst nach Fertigstellung der Bebauung an der Eifelstraße.“

Bezirk Lindenthal

„Zusätzlich sollen die Freiligrathstraße (Lindenthal) und die Statthalterhofallee (Junkersdorf) in das Programm aufgenommen werden.“

Bezirk Ehrenfeld

„Die Verwaltung wird gebeten, die Takustraße mit in die Maßnahmenvorschläge aufzunehmen.“

Bezirk Nippes

„Darüber hinaus bittet die Bezirksvertretung den Verkehrsausschuss, die Anbringung von Fahrradstreifen auf der Schlackstraße und der Lützlangericher Straße zu beschließen. Auch sollen für evtl. Baumaßnahmen in der Schlackstraße im Bereich des Hochhauses Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

Der Verkehrsausschuss wird ferner gebeten, den Fußgängerüberweg über die Gleise zu den Bahnsteigen der Haltestelle Scheibenstraße in die Sanierung mit einzubeziehen.“

Bezirk Chorweiler

„Die Verwaltung wird aufgefordert eine Auflistung über die Straßen im Stadtbezirk zu fertigen, die sanierungsbedürftig sind mit einem Hinweis auf die Priorität.“

Bezirk Mülheim

„Die Ackerstraße in Köln-Mülheim wurde als erste Straße in Köln nach einem Verkehrsberuhigungskonzept mit „Großen Schwellern“ ausgebaut. Im Rahmen der Generalsanierung der Ackerstraße wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob der Ausbau zum damaligen Zeitpunkt mit Landesmitteln gefördert wurde und wenn ja, ob noch eine Zweckbindung vorliegt. Sofern keine Zweckbindung mehr gegeben ist wird die Verwaltung beauftragt, die vorhandenen Aufpflasterungen zu entfernen.

Die Ausbauplanung ist der Bezirksvertretung Mülheim vorzustellen.

Sofern nach Abschluss der Maßnahmen noch Restmittel zu Verfügung stehen wird die Verwaltung beauftragt, die Sanierung der Hagedornstraße in Köln-Dellbrück in das Programm mit aufzunehmen. Ebenso die Sanierung der noch nicht erneuerten Restfläche der Johann-Bensberg-Straße in Köln-Holweide.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.4 Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen des Gürtels
4623/2007**

RM Tull begrüßt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich die lang erwartete Verwaltungsvorlage. Sehr kritisch sehe sie jedoch den Vorschlag, ein Verbot für Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße einzurichten.

SE Schmitz schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. Es sei nicht die Intention der CDU-Bezirksfraktion gewesen, das Linksabbiegen zu verbieten; vielmehr sollte der Verkehr mittels Einbau von Messschleifen auf den Fahrbahnen sowie durch eine andere Schaltung der Lichtsignalanlagen optimiert werden. Er halte die Wegnahme des Linksabbiegers für völlig falsch, da hierdurch die Verkehre in die Wohngebiete verlagert werden würden. Zudem gäbe es dann keine Linksabbiegemöglichkeit mehr von Sülz bis zum Bürgeramt Lindenthal/Melaten. Die einzige Argumentation, dass es sich hier um eine Unfallhäufungsstelle handele, halte er für nicht überzeugend. Nach seiner Einschätzung handele es sich in der Regel um Unfälle zwischen Kfz und Straßenbahn mit eher geringfügigen Blebschäden.

Für die FDP-Fraktion legt RM Kirchmeyer dar, dass sie sich die Installation einer Linksabbiegeampel, die ÖPNV-abhängig geschaltet werde, vorstellen könne.

SE Schiele gibt zu Bedenken, dass sich bereits heute der von der Landgrafenstraße in die Dürener Straße einbiegende Verkehr in den Spitzenzeiten zwischen 14 Uhr und 17 Uhr zurück stauet. Aus seiner Sicht sollte geprüft werden, ob eine Wendemöglichkeit auf dem Gürtel in Höhe der Pfarriusstraße eingerichtet werden könne.

Ausschussvorsitzender Möring schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Wiedervorlageverzicht zunächst in die BV Lindenthal zu verweisen.

Beschluss

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit Wortbeiträgen zur Anhörung in die Bezirksvertretungen Lindenthal und Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.5 Einrichtung eines Turbo-Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Emdener
Straße/Causemannstraße in Köln-Merkenich
0763/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung, an dem Knotenpunkt Emdener Straße/Causemannstraße einen Turbo-Kreisverkehr einzurichten.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Chorweiler uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss
hier: Bedarf an Beratungsleistung zur Vorbereitung eines Vergabeverfahrens bei der Übertragung aller Leistungen im Bereich der Beleuchtung öffentlicher Straßen in Köln
2072/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf an einer Beratungsleistung zur Vorbereitung eines Vergabeverfahrens bei der Übertragung aller Leistungen im Bereich der Beleuchtung öffentlicher Straßen in Köln fest. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.7 Ausbau des Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Ranzeler Straße (L 82)/Loorweg
(K 22)/Ankergasse/Hauptstraße in Köln-Porz/Zündorf sowie Teilausbau der Ranzeler Straße/Loorweg in den Abschnitten des neuen Wohngebietes
2357/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung - nach Sicherstellung der Finanzierung – den Kreisverkehr im Kreuzungsbereich Ranzeler Straße/Loorweg/Ankergasse/Hauptstraße in Köln-Porz-Zündorf sowie den Teilausbau der Ranzeler Straße/Loorweg in den Abschnitten des neuen Wohngebietes baulich umzusetzen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Porz der Planung zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.8 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Zeitvertrag Schutz- und Leiteinrichtungen
2386/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für Reparaturen an den Schutz- und Leiteinrichtungen fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.9 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung auf das Vergabeverfahren
Sanierung des Gehwegbereiches Leostraße in Köln-Ehrenfeld
2872/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Sanierung der Gehwegschäden im Bereich der Leostraße von Venloer Straße bis Subbelrather Straße fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.10 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
Sanierung der Kreuzung Bonner Straße/Marktstraße/Schönhauser Straße in
Köln-Bayenthal
2902/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Sanierung der Kreuzung Bonner Straße/Marktstraße/Schönhauser Straße fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.11 Ausbau der Steinstraße vom Kreisverkehr Urbacher Weg/Deutzer Weg bis
zur Einmündung Hauptstraße sowie eines Teilbereiches der Hauptstraße
von ca. 50 m in südlicher Richtung bis ca. 310 m in nördlicher Richtung in**

**Köln-Porz, 2. Bauabschnitt
2966/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der vorgelegten Planung zum Umbau der o.g. Teilabschnitte der Steinstraße und der Hauptstraße zu und beauftragt die Verwaltung nach Sicherstellung der Finanzierung mit dem Ausbau.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage sofern die Bezirksvertretung Porz uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.12 Bedarfsfeststellungsbeschluss für Bauwerksprüfungen von diversen Ingenieurbauwerken in Köln nach DIN 1076 - Vergabe der Leistung an externe Ingenieurbüros
3242/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Prüfung der diversen Ingenieurbauwerke in Köln nach DIN 1076 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 202.300,00 € brutto. Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 1201, Verkehrsflächen und Anlagen ÖPNV im Haushaltsjahr 2008 unter der Finanzposition 6901.572.2100.1 Unterhaltung des Infrastrukturvermögens bereit.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.13 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Zeitvertrag Abfallentsorgung Bauhöfe
2385/2008**

Auf Nachfrage des RM Tull stellt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, klar, dass die Verwaltung sich dem offenen Wettbewerb unterziehen wolle und auf günstige Preise hoffe.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Abfallentsorgung auf den Bauhöfen fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.14 Regionale 2010 - Projekt "mobil-im-rheinland"
5093/2007**

Ausschussvorsitzender Möring merkt an, dass es sich hier um ein sehr erfreuliches, kostengünstiges und hoffentlich auch erfolgreiches Projekt handele. Vergleichbare Projekte im Ruhrgebiet würden ein Vielfaches mehr kosten.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Projekt „mobil-im-rheinland“ im Rahmen der Regionale 2010 inhaltlich weiter zu bearbeiten, das Projekt weiterhin federführend für die Region Köln/Bonn zu betreuen und die Finanzierung für die weiteren Arbeitsschritte und Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadt Köln sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.1 197. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3260/2008**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 197. Satzung über die Festlegungen gem. § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.2 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für neue Maßnahmen im Rahmen pauschalierter Ausgabenansätze
hier: Teilplan 1201, Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Finanzstelle: 6601-**

**1201-0-6605 - Generalinstandsetzung von Straßen
3421/2008**

Die Vorlage wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 327.000,00 € für die Generalinstandsetzung der Beethovenstraße bei der Finanzstelle: 6601-1201-0-6605 – Generalinstandsetzung von Straßen, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Hj. 2008.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Erneuerung der Hinweisbeschilderung A 57 Anschlussstelle Ehrenfeld/Parkgürtel
hier: Anfrage des RM Kirchmeyer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.06.2008, TOP 8.1
3174/2008**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Unfallgeschehen 2007 im Gebiet der Stadt Köln
2185/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Ausschussvorsitzender Möring äußert sein Bedauern, dass die Unfallzahlen zum Teil massiv gestiegen seien und sich ihm nun die Frage nach den Ursachen hierfür stelle, da diese aus der Mitteilung nicht unbedingt erkennbar seien. Da die Verkehrsdichte nicht zugenommen habe, spekuliere er, dass es im Wesentlichen im Verhalten aller Verkehrsteilnehmer begründet sei. Die vorliegenden Daten zögen eine Reihe von Fragen mit sich, die sicherlich intensiv geprüft und diskutiert werden müssen.

RM Tull merkt an, dass die Kommentierung der Unfallzahlen in der Presse weitestgehend auf Fehlverhalten von Radfahrern abstelle. Dies könne sie jedoch aus der vorliegenden Statistik in keiner Weise entnehmen. Es wäre aus ihrer Sicht hilfreich, wenn die Verwaltung die Mitteilung detaillierter aufsplitten und interpretieren würde. Auch die Ursachen sollten konkreter herausgearbeitet werden.

RM Kirchmeyer hingegen führt aus, dass nach ihren Beobachtungen sich die Mehrzahl der Radfahrer durchaus verkehrswidrig verhalte. Dies gehe auch aus Anlage 2 hervor. Darüber hinaus gebe ihr zu Denken, dass die Zoobrücke, stadtauswärts noch ohne Geschwindigkeitsüberwachung, im Gegensatz zur stadteinwärts führenden Strecke in der Statistik nicht aufgeführt sei.

RM Mispelkamp bittet um Auskunft, welche konkreten Maßnahmen zur Anlage 1, Nr. 41 – Mauenheimer Gürtel – geplant seien und ob diese im Zuge des Ausbaus des Gürtels umgesetzt werden.

SE Schiele erinnert an die Anfang dieses Jahres von der Polizei vorgelegte Verkehrsunfalluntersuchung, nach der in Köln die Zahl der Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Radfahrern dreimal so hoch sei wie im Bundesdurchschnitt.

Abschließend merkt Ausschussvorsitzender Möring an, dass die Frage des RM Tull, ob Radfahrer als schwache Verkehrsteilnehmer unbeteiligte Opfer oder von ihrem eigenen Verhalten her Gefährder seien durchaus berechtigt sei. Es sei zunächst nun Aufgabe der Verwaltung, die richtigen Schlussfolgerungen aus der vorliegenden Statistik zu ziehen. Wichtig sei, dass im Bereich der Verkehrssicherheitserziehung bei allen Beteiligten mehr Bereitschaft zur kritischen Sicht des eigenen Verhaltens gefördert werde.

**7.2 Sachstandsmittteilung Ring-Konzept
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt aus der Sitzung vom
24.01.2008, TOP 5.1.9
2956/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.3 Straßenunterhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet
Umwandlung der Maßnahmen vom konsumtiven in den investiven Bereich
durch Änderung der Finanzierungsart
3034/2008**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

BG Streitberger bestätigt die Einschätzung bzw. Vermutung vom Ausschussvorsitzenden Möring, dass Anlieger gegen die Erhebung von KAG-Beiträgen Klage einreichen mit der Begründung, die Stadt sei ihrer Straßenunterhaltungspflicht nicht nachgekommen.

Frau Thiemann, Leiterin des Bauverwaltungsamtes, sagt zu, in der nächsten Sitzung schriftlich über die bisherigen Erfahrungen bzw. auch über etwaige OVG-Urteile zu berichten.

Ausschussvorsitzenden Möring bittet in diesem Zusammenhang auch das Volumen der haushaltsrechtlichen Umschichtungen zu beziffern.

7.4 Verkehrssituation im Umfeld des Kulturzentrums am Neumarkt und im Bereich AgrippasträÙe
hier: TOP 6.4. aus der 30. Sitzung des Verkehrsausschusses
3214/2008

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Kirchmeyer merkt an, dass die vorliegende Mitteilung auf den Geradeaus- und den Rechtsabbiegeverkehr abstelle. Aus ihrer Sicht müsse jedoch vielmehr der von der Cäcilienstraße auf die Nord-Süd-Fahrt linksabbiegende Verkehrsfluss beobachtet werden, da hier der ÖPNV eine Vorrangschaltung habe und sich der Kfz-Verkehr stauet.

Ausschussvorsitzender Möring erinnert daran, dass seiner Zeit lediglich die Frage der Verkehrsbeziehungen nach Abbau der provisorischen Baustellenlösung diskutiert wurde. In der Tat sollte jedoch auch die Frage des Linksabbiegers nochmals geprüft werden.

BG Streitberger berichtet, dass im Zuge des Masterplans Innenstadt die Verkehrsbeziehungen in diesem Bereich stark thematisiert worden seien. Es müsse darüber nachgedacht werden, ob möglicherweise Verkehrsfläche für den Individualverkehr zugunsten besserer Quersungsmöglichkeiten für die Fußgänger zurückgenommen werden sollte. Dies sei eine Zielsetzung, die noch hinreichend untersucht werden müsse.

RM Kirchmeyer weist nachdrücklich darauf hin, dass in diesem Bereich zwei große Bürobauten entstünden und sich somit ein wesentlich höheres Verkehrsaufkommen entwickeln würde. Der Linksabbieger sei bereits jetzt hoch frequentiert und von daher halte sie die Wegnahme der zweiten Spur für sehr bedenklich.

7.5 Mobilitätsentwicklung in Köln bis 2025
2471/2008

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Herr Dr.-Ing. Michael Frehn, Planersocietät Dortmund, stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die wesentlichen Ergebnisse des Gutachtens vor (*vgl. hierzu Anlage 4 zur Niederschrift*) und beantwortet diverse Nachfragen der Ausschussmitglieder.

7.6 Straßeninstandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit Aufgrabungen der Telekommunikations- und Versorgungsunternehmen; Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht;
hier: Erfahrungsbericht
3117/2008

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.7 Fortschreibung des Betrauungsbeschlusses der KVB
3167/2008

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.8 Teilnahme der Stadt Köln an der Woche der Mobilität vom 16. bis zum 22.09.2008
3459/2008**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt und ist dieser Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

RM Tull bedankt sich für die vorliegende Mitteilung. Bei der Verabschiedung des Antrages habe sie sich jedoch ein „größeres Volumen“ erhofft. Sie macht deutlich, dass der Antrag auch für die kommenden Jahre Gültigkeit habe und der nächste autofreie Tag größere Dimensionen in Form einer autofreien City haben sollte.

RM Kirchmeyer erinnert daran, dass die FDP-Fraktion den Antrag seiner Zeit abgelehnt habe. Straßensperrungen zur Zeit einer Messe und des Weltkindertages halte sie für sehr fragwürdig.

RM Dr. Müller merkt an, dass die Teilnahme an der Woche der Mobilität über reine Straßensperrungen hinausgehe. Sie bitte um Mitteilung, welche Maßnahmen die Verwaltung darüber hinaus veranlasst habe.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass die Teilnahme auf den Internetseiten der Stadt Köln angekündigt wurde. Es bestünde jedoch auch die Möglichkeit, sich auf einer separaten Internetseite, die eine Übersicht aller Teilnehmer biete – mit den einzelnen Angeboten bzw. Maßnahmen zu präsentieren.

8 Mündliche Anfragen

**8.1 Beampelte Kreuzung in einer autofreien Siedlung
Anfrage des RM Tull**

RM Tull weist darauf hin, dass in der autofreien Siedlung zwei Lichtsignalanlagen dicht hintereinander installiert seien. Derzeit sei dort zwar noch die Baustraße zur Siedlung; in Kürze werde sie jedoch nur noch als Zufahrt zum „Cambio“-Parkplatz genutzt, so dass sie den Sinn dieser Anlagen nicht nachvollziehen könne.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass die Anlagen aus Verkehrssicherheitsgründen installiert wurden; eine dort vorhandene Mauer behindere die Einsicht auf die Kreuzung erheblich.

**8.2 Bus- und Taxispur auf der Rheinuferstraße - Antrag vom 17.08.2006
Anfrage des RM Tull**

Bezug nehmend auf den Antrag „Bus- und Taxispur auf der Rheinuferstraße“ weist RM Tull darauf hin, dass eine Stellungnahme zu den beschlossenen Punkten bisher nicht vorliege. Sie bitte hier umgehend tätig zu werden.

**8.3 Neues Zuführungsgleis der DB AG in Nippes
Anfrage des SE Vietzke**

SE Vietzke bittet um Mitteilung, ob durch das neue Zuführungsgleis der Ausbau der S-Bahn auf dem Bahndamm bzw. auf den Bahnbögen für die nächsten Jahrzehnte be- bzw. sogar verhindert werde.

Frau Thiemann, Leiterin des Bauverwaltungsamtes, führt hierzu aus, dass das neue Zuführungsgleis eine vorhandene Brücke und einen Tunnel nutze und somit – nach ihrer Kenntnis - nicht im Widerspruch zu den Ausbauplanungen der S-Bahn stünde.

BG Streitberger sagt jedoch zu, diese Frage für weitergehende Gespräche mit der DB aufzunehmen.

**8.4 Sachstand zum Kreisverkehr Leuchterstraße
Anfrage des RM Mispelkamp**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass der Bewilligungsbescheid für die Fördermittel zwischenzeitlich vorliege und mit einem Baubeginn in drei bis vier Monaten zu rechnen sei.

**8.5 Erweiterung des P+R-Platzes Köln-West
Anfrage der SE Schlapka**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass die Bauarbeiten zwischenzeitlich wieder aufgenommen wurden und nach seiner Einschätzung Ende des Jahres abgeschlossen sein werden.

**8.6 Schwerlastverkehr in Widdersdorf
Anfrage des SE Schlapka**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass die Verwaltung keine Möglichkeit sehe, den Durchgangsverkehr für Lkw's zu unterbinden, da entsprechende Ausweichmöglichkeiten und Alternativen fehlen.

**8.7 Verkehrsführung am Diözesanmuseum
Anfrage des RM Kirchmeyer**

BG Streitberger berichtet, dass der Umbau östlich der Nord-Süd-Fahrt derzeit noch in Planung sei; die Detailplanung müsse noch den Bürgern vorgestellt werden. Die erforderlichen Mittel seien im Haushalt 2009 veranschlagt, so dass im kommenden Jahr auch mit der Umsetzung begonnen werden könne. Die Maßnahme werde in mehreren Bauabschnitten durchgeführt.

**8.8 Pflasterung Unter Taschenmacher
Hinweis des RM Kirchmeyer**

RM Kirchmeyer moniert, dass die Spalten zwischen den Pflastersteinen sehr breit seien und dies dazu führe, dass sich dort Zigarettenkippen, Kronkorken u.Ä. ansammele. Eine Erfassung dieses Unrates durch die Kehrmaschinen der AWB sei scheinbar nicht möglich.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist darauf hin, dass im Bereich der gesamten Altstadt viele Veranstaltungen stattfänden und diese zu einer erhöhten Verschmutzung der Fugen führten. Sonderreinigungen würden jedoch nach jeder Veranstaltung durchgeführt; weitere Abhilfemöglichkeiten sehe er bei der vorhandenen Bauweise nicht.

**8.9 Verschleiß der Fahrbahn durch abbremsende Autos vor den Radarkameras auf der Zoobrücke
Anfrage des SE Preckel**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, räumt ein, dass der Fahrbahnbelag der Zoobrücke zwar sanierungsbedürftig sei und im Zuge der Brückensanierung auch der Belag erneuert werde; einen Zusammenhang mit den Radarkameras sehe er jedoch nicht.

- Ende des öffentlichen Teils -